

GdP fordert zusätzliches Personal für die Polizei

Die Personaldecke der Polizei ist auf Kante genäht. Auf die prekäre Personalsituation und hohe Belastung der Polizei macht die GdP seit geraumer Zeit aufmerksam und fordert ein Gegensteuern durch zusätzliches Personal. Gegenüber Innenminister Karl Peter Bruch wiederholte GdP-Vorsitzender Ernst Scharbach jetzt den eindringlichen Appell: Die Landesregierung soll zusätzliche Einstellungen auf den Weg bringen.

Blick zurück: Mit dem Landtagsbericht zur „Zukunft der Polizei in Rheinland-Pfalz“ vom 08.01.2004 bekräftigen Landesregierung und Landtag ihre Auffassung, dass der Personalstand der Polizei, ausgehend vom Stand des Jahres 2001, bei Beibehaltung der bewährten Organisationsstruktur langfristig eingehalten werden muss. Mit dieser „Mindeststärke“ von 9.000 Polizistinnen und Polizisten sollen die alltäglichen Anforderungen des Polizeidienstes in den nächsten Jahren bewältigt werden können. **Diese Einschätzung teilt die GdP nicht: Der Personalbestand reicht nicht aus, um die stark steigenden Anforderungen in der Ermittlungstätigkeit, Beweissicherung und Gefahrenabwehr rund um die Uhr tatsächlich bewältigen zu können. Rheinland-Pfalz braucht 10.000 Polizistinnen und Polizisten.**

Die Einstellungsplanungen würden lediglich die Mindeststärke von 9.000 Polizistinnen und Polizisten sichern:

Einstellungen Polizei Rheinland-Pfalz

Jahr	Geplante Einstellung	Tatsächliche Einstellung
2006	250	303 (incl. Ausbildungsabbrecher aus dem Vorjahr)
2007	250	302 (incl. Ausbildungsabbrecher aus dem Vorjahr)
2008 - 2010	250	
ab 2011	350	

Aus Sicht der GdP gibt es einige Gesichtspunkte, die bisher nicht oder nicht ausreichend bei der Personalplanung Berücksichtigung fanden. Sie müssen aufgrund des prekären Personalstandes in die weiteren Überlegungen einbezogen werden:

- In der Kriminalitätsbekämpfung stellen sich neue Herausforderungen. Gerade im Bereich der Abwehr terroristischer Gefährdung zeichnen sich dauerhafte Aufgabenstellungen ab, die nur mit neuen Schwerpunktsetzungen zu bewältigen sein werden. Im Zusammenhang mit der Nachbereitung der gerade noch vereitelten Anschläge durch islamistische Terroristen ist deutlich geworden, dass die Polizei in ihren personellen Kapazitäten besonders bei den operativen Einheiten der Kriminalpolizei wie auch beim SEK erheblich aufgestockt werden muss, damit sie die zwingend gebotenen Gefahren abwehrenden und strafprozessualen Aufgaben

leisten kann. Die bereits vorgesehene sukzessive Verstärkung der Kriminalpolizei mit insgesamt 100 Polizeibeamtinnen und -beamten ist ein richtiger erster Schritt in diese Richtung. Aber angesichts der Gefährdungslage und der Komplexität von Ermittlungsverfahren werden weit mehr Kräfte gezielt für diesen Bereich eingesetzt werden müssen. Mit einer Vernachlässigung anderer Aufgaben darf dies aber nicht einhergehen. Es geht kein Weg daran vorbei: Letztlich muss der zwingend gebotene zusätzliche Aufwand in diesem Bereich mit einer entsprechenden Personalaufstockung durch Neueinstellungen unterlegt sein.

- Die Polizei hat in den letzten Jahren die Ermittlungs- und Aufklärungsarbeit bis in die Ebene der Polizeiinspektionen intensiviert. Zu diesem Zweck wurden in hoher Zahl spezielle Sachbearbeiterfunktionen geschaffen. Der Präventivbereich wurde und wird ausgebaut. Für die Aus- und Fortbildung stehen zusätzliche Dozenten und Trainer zur Verfügung. Durchweg mussten diese Strukturveränderungen aus dem Personalbestand bewältigt werden, weil kein zusätzliches Personal zur Verfügung stand. Dabei diente insbesondere der Wechselschichtdienst der Polizeiinspektionen als „personeller Steinbruch“. Seit Beginn der 90er Jahre wurden rund 500 Polizistinnen und Polizisten, die bis dahin im Wechselschichtdienst Verwendung fanden, in die neuen Aufgabenbereiche umgesetzt. Personalersatz hat der Wechselschichtdienst nicht erhalten. Heute stehen nur noch knapp über 4000 Polizistinnen und Polizisten für den Einsatz im Wechselschichtdienst zur Verfügung. Seine Funktionsfähigkeit ist gefährdet.
- In diesem Zusammenhang muss auf die Probleme der Altersstruktur der Polizei und die zunehmenden Fälle von eingeschränkter Verwendungsfähigkeit aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen hingewiesen werden. Viele sind schon aus dem Wechselschichtdienst ausgeschieden, weil die Gesundheit den schweren Dienst nicht mehr zulässt. Darüber hinaus ist die Einsatzdisposition der Polizeiinspektionen erschwert, weil rund 200 Beamtinnen und Beamte, die dem Wechselschichtdienst zugeordnet sind, aufgrund ihrer gesundheitlichen Einschränkungen nicht mehr den Dienst rund um die Uhr verrichten bzw. für bestimmte operative Aufgaben eingesetzt werden dürfen. Im Übrigen macht sich gerade bei den Polizeiinspektionen in den Polizeipräsidien Trier und Westpfalz der weitaus höhere Altersschnitt bemerkbar, der eine höhere Quote an Arbeitsausfällen aufgrund altersbedingter Leistungseinschränkungen mit sich bringt.
- Ein weiteres Indiz ist die Mehrarbeit der Polizei. Inzwischen ist eine „Bugwelle“ von rund 1,4 Mio. Mehrarbeitsstunden aufgelaufen, die absehbar nicht durch Freizeit ausgeglichen, aber wegen der angespannten Haushaltslage auch nicht bezahlt werden können. Wir gehen davon aus, dass sich diese Situation weiter zuspitzen wird.
- Der Anteil von Frauen im Polizeidienst ist in den letzten Jahren angestiegen. Auch wir sind der Auffassung, dass sich die Öffnung des uniformierten Polizeidienstes für Frauen bewährt hat. Gleichwohl ergeben sich Auswirkungen auf die Personalplanung. Mutterschutzrechtliche Beschäftigungsverbote, Beurlaubungen aus familiären Gründen und Reduzierung der Arbeitszeit auf Teilzeitbeschäftigungen führen zwangsläufig zu Personalausfällen in steigender Tendenz.
- Weiter wollen wir auf das Problem der unplanmäßigen Personalabgänge hinweisen. In seiner Einstellungsplanung setzt das Innenministerium die Zahl von 100 Beamtinnen und Beamten an. Das ist nach aller Erfahrung zu wenig.

Fazit: Ab 2008 müssen die Einstellungszahlen rauf. Es hilft kein Zögern, denn mittelfristig wird der Personalersatz für die steigende Zahl der Ruhestandsversetzungen die Einstellung von so vielen Polizeianwärterinnen und -anwärter fordern, dass die FH der Polizei ihre Ausbildungsmöglichkeiten ohnehin bis zum Anschlag nutzen muss.